

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Bildungsausschuss**

61. Sitzung

am Donnerstag, dem 2. Dezember 1999, 14:00 Uhr  
im Konferenzsaal 142 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Caroline Schwarz (CDU)	stellvertretende Vorsitzende
Holger Astrup (SPD)	in Vertretung von Dr. Ulf von Hielmcrone
Hermann Benker (SPD)	
Dr. Jürgen Hinz (SPD)	in Vertretung von Günter Fleskes
Sabine Schröder (SPD)	
Jürgen Weber (SPD)	
Jost de Jager (CDU)	
Ursula Röper (CDU)	
Kläre Vorreiter (CDU)	- zeitweise -
Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)	

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Förderung der Regional- beziehungsweise Minderheitensprachen in den Medien</b>	<b>5</b>
Antrag der Abgeordneten Anke Spoorendonk (SSW) Drucksache 14/2507	
<b>2. Bericht der Enquetekommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ beim Schleswig-Holsteinischen Landtag</b>	<b>6</b>
Bericht der Enquetekommission Drucksache 14/2373 (neu)	
<b>3. Bericht des Bildungsministeriums über die Beteiligung des Bundes an der Finanzierung von Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland</b>	<b>7</b>
<b>4. Reform des Bundesausbildungsförderungsgesetzes</b>	<b>8</b>
a) Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 14/2041 (neu)	
b) Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/2383	
<b>5. a) Entschließung zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes</b>	<b>9</b>
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 14/2528	
<b>b) Zielvereinbarungen mit den staatlichen Hochschulen</b>	<b>10</b>
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/2533	

<b>6. Terminplanung für das erste Halbjahr 2000</b>	12
<b>7. Verschiedenes</b>	13

Die stellvertretende Vorsitzende, Abg. Schwarz, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Förderung der Regional- beziehungsweise Minderheitensprachen in den Medien**

Antrag der Abgeordneten Anke Spoorendonk (SSW)  
Drucksache 14/2507

(überwiesen am 18. November 1999 an den **Bildungsausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Der Ausschuss beschließt, sich der vom Innen- und Rechtsausschuss initiierten schriftlichen Anhörung mit der Maßgabe anzuschließen, dass die Frist zur Abgabe der Stellungnahme auf den 10. Januar 2000 verkürzt und der Kreis der Anzuhörenden um folgende Personen erweitert wird:

- Hans Ahrenstorf vom Plattdeutschen Arbeitskreis
- Prof. Dr. Mike Petersen, Autor der im Auftrag der ULR erstellten Studie „Friesische und Niederdeutsche Programmangebote im schleswig-holsteinischen Rundfunk“
- Axel Hose, Chefredakteur von Radio Schleswig-Holstein
- Stephan Hampe, Programmdirektor des Nord-Ostsee-Radios
- Carsten Neitzel, Programmdirektor von delta radio.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bericht der Enquetekommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ beim Schleswig-Holsteinischen Landtag**

Bericht der Enquetekommission  
Drucksache 14/2373 (neu)

hier: Kommissionsempfehlungen zum Bereich Schule (Lehrpläne, S. 128)

(überwiesen am 17. September 1999 an den **Sozialausschuss**, den Agrarausschuss, den Umweltausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Bildungsausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung)

St Dr. Stegner berichtet, inwieweit das Themenfeld Gentechnologie Unterrichtsgegenstand an den schleswig-holsteinischen Schulen sei (siehe Umdruck 14/4139). Die Empfehlungen der Enquetekommission fänden sich in den Lehrplänen der Grundschule und der Sekundarstufe I wieder und würden bei der Überarbeitung der Lehrpläne der Sekundarstufe II vertieft berücksichtigt.

Der Ausschuss verzichtet mit Blick auf das Ende der Wahlperiode auf eine Beratung der detaillierten Empfehlungen der Enquetekommission und auf eigene Beschlüsse und nimmt den Bericht der Enquetekommission abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bericht des Bildungsministeriums über die Beteiligung des Bundes an der Finanzierung von Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland**

hierzu: Kleine Anfrage der Abg. Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Drucksache 14/2536

Auf eine Frage von Abg. Spoorendonk führt St Dr. Stegner aus, das neue Gedenkstättenkonzept des Bundes ziele auf die Förderung von Projekten herausragender, auch überregionaler Bedeutung oder besonderer Einzigartigkeit ab und lasse für Schleswig-Holstein kaum zusätzliche Bundesmittel erwarten. Das Land fördere die Gedenkstättenarbeit mit Projektmitteln von jährlich 45.000 DM. Davon entfielen auf die KZ-Gedenkstätte Ladelund 25.000 DM; an eine Erhöhung auf 30.000 DM sei gedacht. Das Land werde sich in Gesprächen mit der Kirche und der Kommune darum bemühen, die wegweisende und vorbildliche historische, publizistische und vor allem pädagogische Arbeit der in Ladelund tätigen Diplom-Theologin dauerhaft zu sichern. Darüber hinaus solle die Gedenkstättenarbeit in Schleswig-Holstein durch erweiterte, auch grenzüberschreitende Kooperationen - zum Beispiel zwischen Gedenkstätten und Bildungsstätten - weiterentwickelt werden, um mittelfristig dem Anspruch auf Projektförderung durch den Bund zu entsprechen. An einem entsprechenden mittelfristig angelegten Konzept zur Gedenkstättenarbeit in Schleswig-Holstein werde gearbeitet.

Abg. Spoorendonk dankt der Landesregierung ausdrücklich für die Förderung der Gedenkstättenarbeit und insbesondere der KZ-Gedenkstätte Ladelund, fragt nach alternativen Fördermöglichkeiten, regt an, dass der Bildungsausschuss einmal die KZ-Gedenkstätte Ladelund besuche, und bittet um Zuleitung des Konzepts der Bundesregierung zur Gedenkstättenförderung.

Auf eine Frage von Abg. Röper zur Erhaltung der Gedenkstätte Auschwitz teilt St Dr. Stegner mit, die Regierungschefs der Länder hätten auf ihrer Jahreskonferenz im November in Bremen der Verlängerung des Zeitraumes zur Verwendung der Länderzuwendungen in Höhe von 10 Millionen DM bis zum Jahr 2004 zugestimmt.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Reform des Bundesausbildungsförderungsgesetzes**

- a) Antrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 14/2041 (neu)

(überwiesen am 25. März 1999)

- b) Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 14/2383

(überwiesen am 17. September 1999)

St Dr. Stegner teilt mit, die Bundesbildungsministerin halte an ihrer Zusage fest, noch in diesem Jahr die Eckpunkte für eine BAföG-Reform vorzulegen, die sowohl den Auflagen des Bundesverfassungsgerichts genügten als auch die von der vorherigen Bundesregierung eingeführten Verschlechterungen korrigierten, die dazu geführt hätten, dass der Anteil von Studierenden aus Arbeitnehmerhaushalten in den letzten 15 Jahren drastisch zurückgegangen sei.

Abg. de Jager weist darauf hin, dass im Gegensatz zur Bundesregierung die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein eigenes Konzept im Bundestag vorgelegt habe.

Abg. Dr. Klug bittet die Landesregierung, vor der Januar-Sitzung einen Bericht über die Zahl der BAföG-Empfänger und den Mittelabfluss beim Haushaltstitel Ausbildungsförderung im Jahr 1999 vorzulegen. Er merkt kritisch an, dass nach Information des Studentenwerks die Zahl der Förderfälle nach der kleinen BAföG-Novelle der rot-grünen Bundesregierung in diesem Jahr weiter zurückgegangen sei.

Abg. Fröhlich bezeichnet die Beiträge der Opposition als „Heuchelei“ und macht auf die Anstrengungen der rot-grünen Bundesregierung aufmerksam, vor dem Hintergrund der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und der Versäumnisse der alten Bundesregierung zu tatsächlichen Verbesserungen in Sachen Ausbildungsförderung zu kommen.

Die Beratung über die beiden Anträge wird erneut vertagt, um die von der Bundesbildungsministerin angekündigten Eckpunkte der BAföG-Reform in die Diskussion einbeziehen zu können.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**a) Entschließung zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes**

Antrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 14/2528

Abg. Astrup plädiert dafür, im SSW-Antrag das Wort „schnellstmöglich“ zu streichen.

Abg. Spoorendonk macht deutlich, dass der Universität Flensburg mit dem Antrag ein Signal gegeben werden solle. Die Formulierung „schnellstmöglich“ sei so zu verstehen, dass die Verhandlungen über die Namensgebung zügig und ohne Verzögerung vorankämen. Im Übrigen sollte die Namensänderung am Anfang des Entwicklungsprozesses stehen.

Abg. Weber führt aus, die Entscheidung über die Namensgebung der Hochschule sollte nach Abschluss der Arbeit der in Flensburg eingesetzten Strukturkommission, aber in jedem Falle im nächsten Jahr getroffen werden. Die Formulierung „schnellstmöglich“ interpretiere er so, dass die Verhandlungen zwischen Landesregierung und Hochschule ohne verschuldete Zeitverzögerung in die Richtung des SSW-Antrages geführt würden.

Abg. Dr. Klug unterstützt den Vorstoß des SSW zur Namensänderung der Hochschule in „Universität Flensburg“, die die BU selbst wolle.

Abg. de Jager weist auf den Zusammenhang von Namensgebung und Weiterentwicklung der Hochschule hin und beantragt, den Antrag dahin gehend zu ergänzen, dass die Landesregierung aufgefordert werde, dem Bildungsausschuss über den Stand der Verhandlungen mit der Hochschule zu berichten.

Auch Abg. Astrup betont, dass man sich in der Zielrichtung einig sei und mit einer Veränderung des Namens die Weiterentwicklung der Hochschule einhergehen müsse.

St Dr. Stegner macht darauf aufmerksam, dass die Änderung des Namens im Zusammenhang mit inhaltlichen Fragen zu sehen sei, zu deren Bearbeitung man eine Strukturkommission eingesetzt habe. Er sei bereit, dem Ausschuss in der Januar-Sitzung über den Stand der Verhand-

lungen mit der BWH zu berichten und diesen Bericht dem Ausschuss im Nachgang schriftlich zukommen zu lassen.

Einstimmig wird der SSW-Antrag in folgender Fassung angenommen: „Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, mit der Bildungswissenschaftlichen Universität Flensburg in Verhandlung zu treten mit dem Ziel, den Namen der Hochschule in ‘Universität Flensburg’ zu ändern, und dem Bildungsausschuss in der nächsten Sitzung im Januar 2000 über den Stand der Verhandlungen zu berichten.“

### **b) Zielvereinbarungen mit den staatlichen Hochschulen**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/2533

(überwiesen am 17. November 1999)

Abg Weber wirbt für den Antrag der Koalitionsfraktionen, in dem in Punkt 2 auf Seite 2 unten die Wörter „bis hin zu weiteren gemeinsamen Studiengängen in den Bereichen der Wirtschaft und Kultur“ gestrichen werden sollten.

Abg. de Jager beantragt, zu dem Entschließungsantrag die Hochschulen schriftlich anzuhören und den Wissenschaftlichen Dienst um eine rechtliche Bewertung des Entschließungsantrages zu bitten.

Abg. Weber lehnt eine Anhörung der Hochschulen zu dem Entschließungsantrag als „nicht sachgerecht“ ab, zumal er von den Rektoraten kein Signal gehört habe, dass die im Antrag formulierten strategischen Ziele der Hochschulpolitik und die Entwicklungsschwerpunkte der einzelnen Hochschulen von den Hochschulen nicht akzeptiert würden. Mit dem Antrag wolle man klarmachen, dass bei den Verhandlungen der Landesregierung mit den Hochschulen über die Zielvereinbarungen die Rechte des Parlaments - die Gestaltung von Hochschulpolitik - nicht beschnitten würden.

Abg. Dr. Klug hingegen hält es für unabdingbar, zu dem Entschließungsantrag die Stellungnahmen der Hochschulen einzuholen, die sehr wohl eine Reihe von Wünschen und Kritikpunkten anzumelden hätten, die auch zu einer Konkretisierung und Präzisierung des Antrages beitragen könnten.

St. Dr. Stegner weist abermals darauf hin, dass der vom Parlament beschlossene Haushalt inklusive der Erläuterungen den Rahmen für die Zielvereinbarungen der Landesregierung mit den Hochschulen bilde.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen lehnt der Ausschuss den Antrag von Abg. de Jager auf Anhörung der Hochschulen ab und nimmt den Entschließungsantrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an, wobei in Punkt 2 auf Seite 2 unten die Wörter „bis hin zu weiteren gemeinsamen Studiengängen in den Bereichen der Wirtschaft und Kultur“ gestrichen werden.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Terminplanung für das erste Halbjahr 2000**

Als Sitzungstermine für das erste Halbjahr 2000 fasst der Ausschuss - vorbehaltlich der Beschlussfassung des neuen Landtages - ins Auge: 20. Januar, 18. Mai, 15. Juni, 6. Juli (Reservetermin).

Punkt 7 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Der Ausschuss kommt überein, entgegen der Abstimmung im Finanzausschuss die Beschlussfassung in Sachen **Kosten der Schülerbeförderung zu den dänischen Schulen**, Drucksachen 14/1256 und 14/2184 (neu), auf Januar 2000 zu vertagen.

Die stellvertretende Vorsitzende, Abg. Schwarz, schließt die Sitzung um 15:35 Uhr.

gez. Caroline Schwarz  
stellvertretende Vorsitzende

gez. Ole Schmidt  
Geschäfts- und Protokollführer